

Datum: 03. Mai 2012

Ohne Frank Lamparski geht am Flugplatz Bitburg nichts

Frank Giarra

Die Flugplatz Bitburg GmbH muss laut Aufsichtsratschef Michael Billen aus rechtlichen Gründen weiter auf eine fliegerische Nutzung des Areals setzen. Dieses Satzungsziel lasse sich nur mit einer 75-prozentigen Mehrheit der Gesellschafter ändern. Und 46 Prozent der Anteile halten Private, darunter Frank Lamparski.

Mainz. Ohne die Zustimmung des Projektentwicklers Frank Lamparski läuft am Bitburger Flughafen nichts. Obwohl der Luxemburger mit seinem Vorhaben gescheitert ist, 30 Millionen Euro Kapital eines privaten Investors in die Eifel zu locken, können derzeit laut Michael Billen, CDU-Landtagsabgeordneter aus der Eifel, keine anderweitigen Pläne verfolgt werden. Lamparski hat auch die Mehrheit im Aufsichtsrat, der am 10. Mai wieder tagt.

Billen stellt am Donnerstag im Landtag noch einen weiteren juristischen Fakt heraus: Die Flugplatz Bitburg GmbH besitze einen unbefristet gültigen Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland, die 195 Hektar Flugbetriebsfläche fliegerisch zu nutzen. Dieser Vertrag sei nur einseitig von der Flugplatz GmbH kündbar. Außerdem habe die GmbH eine Fluggenehmigung.

SPD und Grüne, die das Thema auf die Tagesordnung des Parlaments gehievt haben, sehen den Traum von der Fliegerei in Bitburg geplatzt. Das sei "endgültig vom Tisch", sagt Wirtschaftsministerin Eveline Lemke. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) prüfe, ob sie als Eigentümerin der 195 Hektar Flugbetriebsflächen den Vertrag kündigen könne. "Die Geschäftsgrundlage könnte entfallen sein."

"Reicher asiatischer Onkel"

Jutta Blatzheim-Roegler, Fraktionsvize der Grünen, spricht von einem "Trauerspiel in den vergangenen zwei Jahren" und "angeblichen Millionen eines angeblich reichen asiatischen Onkels".

Die SPD-Abgeordnete Monika Fink erinnert daran, kommunale Gesellschafter der Flugplatz GmbH wie die Stadt Trier hätten sich langsam, aber sicher verabschiedet. Der Eifelkreis Bitburg-Prüm und die Stadt Bitburg würden dies ebenfalls tun. "Die Seifenblasen der fliegerischen Nutzung sind geplatzt. Die Chancen heißen regenerative Energien."

SPD und Grüne fordern, einen Energie- und Gewerbepark zu planen. Ministerin Lemke schlägt die Gründung eines Beirates mit regionalen Abgeordneten, den Kammern, der Energieagentur Trier und dem DLR Bitburg vor, der die seit 1994 bestehende und reaktivierte Lenkungsgruppe von Bund, Land und Kommunen berät. Bis Herbst solle ein Masterplan erarbeitet werden.

Michael Billen wehrt sich gegen aus seiner Sicht voreilige Aktivitäten. "Was ist passiert? Ein Geschäft kam nicht zustande." Er warnt davor, "mit dem Knüppel auf die GmbH zu schlagen". Im Unterschied zu anderen Geschäften habe ein Investor "richtig Geld gezahlt", betont Billen. Es müsse erst mal in Ruhe mit Lamparski gesprochen werden.

Der CDU-Politiker wirft Ministerin Lemke vor, sie rede "wie ein Blinder von der Farbe". Sein Fazit: "Mischen Sie sich nicht in Dinge ein, die gut laufen."

Rot-Grün hält aber an seinen Zielen fest. "Lieber Michael, dass du so eingebildet bist, hätte ich nicht gedacht", sagt die SPD-Abgeordnete Monika Fink zu dem Christdemokraten. Sie ist überzeugt: "Fliegen wird es nicht geben, egal was du sagst."

Extra

Fliegerische Nutzung: Flugplatz-Geschäftsführer Günter Krahe warnt in einem Schreiben an den Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Joachim Streit, eindringlich davor, von der fliegerischen Nutzung abzurücken. Das sei "kurzsichtig und bedient allenfalls oberflächlich den Zeitgeist", heißt es in dem Brief, der dem TV vorliegt. Krahe schreibt, der Flugplatz habe in jüngster Zeit eine "überragende mediale Publizität" erfahren. Infolgedessen hätten sich luftfahrtaffine Interessensbekundungen "sowohl quantitativ als auch qualitativ enorm verdichtet". Auf allen Luftfahrtmessen, im benachbarten Ausland sowie im kommerziellen und privaten Luftfahrtumfeld sei das Potenzial in Bitburg "so präsent wie nie zuvor". Krahe verlangt von Landrat Streit "Mut, Geduld und Standvermögen" und verweist dar-auf, die Chance zur Flugplatzentwicklung sei erst im September 2008 seit der Erteilung der Instrumentenfluggenehmigung denkbar geworden.

fcg